

Baruther Anzeiger

Beitrag mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgebühren freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Märk.). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Märk.). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich gedruckene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 115 Donnerstag, den 24. September 1925

Hindenburgs Dank an Ruhr- u. Rheinland.

Erlaß des Reichspräsidenten an die Bevölkerung des befreiten Gebietes an Ruhr und Rhein. — Die tschechische Regierung will mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abschließen. — Das Reichskabinett trat zur Beratung über die Einladung der Westmächte zur Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt zusammen. — In England ist unter den Werftarbeitern, Grubenarbeitern und den Arbeitern in Baugewerbe eine Lohnbewegung ausgebrochen. — Die Franzosen bereiten in Marokko eine neue Offensive vor, die sich zuerst gegen die Rifberge wenden soll. — Das spanische Landungskorps befindet sich auf dem Vormarsch gegen Agier.

Hindenburgs Dank an die Ruhr- und Rheinlande.

Der Reichspräsident hat an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen nachstehendes Schreiben gerichtet: Hochverehrter Herr Oberpräsident! Nach Mitleid von meiner Seite ist es mir ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen, Herr Oberpräsident wie der Bevölkerung der Provinz Westfalen aufrichtig zu danken für die freundliche Aufnahme, die ich im Lande der roten Erde gefunden habe. Ich habe in der herzlichen Begrüßung, die mir und den Herren der Reichs- und der preussischen Staatsregierung allenorts zuteil geworden ist, der Ausdruck freudigen Dankes an Staat und Reich und das Bewußtsein der Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes, besonders des schwer geprüften Gebietes im Westen, gesehen und dies mit lebhafter Genugtuung empfunden. Mit dieser vertrauensvollen Mitarbeit aller Schichten des Volkes wird es gelingen, die harten Schäden zu heilen und zu überwinden, die die letzten Jahre dem westfälischen Industriegebiet und damit unserer ganzen Volkswirtschaft zugefügt haben. Meine besten Wünsche begleiten die Provinz Westfalen auf diesem Wege in eine bessere Zukunft. Indem ich Sie noch bitte, allen an den Veranstaltungen aus Anlaß dieses Besuchs beteiligten Beamten, insbesondere aber der Schutzpolizei, meine Anerkennung und meinen Dank für ihre Mithilfe und ihre maßvolle Haltung auszusprechen, bin ich mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener

Dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat der Reichspräsident seinen Dank in einem ähnlichen Telegramm ausgesprochen.

Die Konferenz in Locarno.

Die am Montag begonnene Kabinettsberatung über die Frage des Sicherheitspaktes wurde gestern (Dienstag) nachmittags um 6 Uhr fortgesetzt. Eine endgültige Entscheidung wird erst im Laufe des heutigen Mittwochs fallen in einer Sitzung, die der Reichspräsident, der am Donnerstag Berlin wieder verläßt, feilen wird. Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, die dann am Freitag stattfinden sollen, werden nur formale Bedeutung haben, da die Antwort der Reichsregierung auf die Einladung der Westmächte spätestens am Donnerstag abgehen wird. Die Verhandlungen des Kabinetts drehen sich augenblicklich einmal um den Inhalt des Sicherheitspaktes und um die Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und den Westmächten abgeschlossen werden sollen, zum anderen um die allgemeinen politischen Probleme, die mit dem Abschluß eines Westpaktes verbunden sind. Nach dem Ergebnis der Londoner Zusammenkunft scheint in England die Ansicht zu bestehen, bei Abschluß eines Westpaktes eine Garantie für die Sicherheit der Westgrenze nicht nur zugunsten von Frankreich, sondern auch zugunsten von Deutschland zu übernehmen. Außerdem sollen die Schiedsgerichtsverträge, die gleichzeitig mit dem Westpakt abgeschlossen werden, so gestaltet werden, daß das deutsche System zur Geltung kommt, das heißt, es werden bei den Schiedsverträgen verbindliche Schiedsentscheidungen nur bei den Streitfällen zurechtfindende Natur erlassen werden. Dagegen werden Streitfälle politischer Natur einer Schlichtungsinstanz unterbreitet werden. Ungeklärt sind dagegen noch drei wichtige Fragen. Zunächst bestehen alle Westmächte darauf, daß in der Präambel eines Sicherheitspaktes ausdrücklich der Status quo des Vertrages von Versailles von beiden Seiten anerkannt wird. Diese Forderung wird nicht die Zustimmung des Kabinetts und sicherlich auch nicht die Zustimmung einer Mehrheit des deutschen Reichstages finden. Falls das Kabinett in seinen Beratungen zu dem Beschluß kommen sollte, die Einladung der Westmächte

anzunehmen, wird die Konferenz am 5. Oktober in Locarno stattfinden, obwohl die örtlichen Verhältnisse und insbesondere die technische Berichterstattung sowohl für die Regierungen, wie für die Presse außerordentlich ungünstig sein werden. Die Wahl dieses Ortes liegt wohl damit in Zusammenhang, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini eine Teilnahme an den Verhandlungen wünscht.

Wirtschaftsnot und Arbeiterschaft.

Falle, 21. Sept. In einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich die erste Reichstagung des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Gewerbevereine. Mehr als 300 Vereine aus allen Teilen des Deutschen Reiches mit ca. 60 schwarzweißen Arbeiterführern hatten sich zu der Veranstaltung hier zusammengefunden. Aus dem vom Hauptgeschäftsführer Fritz Hülse-Berlin erstatteten Geschäftsbericht ward zu entnehmen, daß seit der Gründung des Bundes im Jahre 1924 über 300 vaterländische Arbeiter- und Gewerbevereine entstanden sind, zusammengefaßt in 35 Bezirks- und 12 Landesverbänden. Ueber das Thema „Wirtschaftsnot und Arbeiterschaft“ sprach der Bezirksdirektor Leopold, Mitglied des Reichstages, Halle. Er führte dabei u. a. aus: „Mittelt das gestörte Kapital mit allen Mitteln wiederherzustellen, glaube die Revolutionsregierung paradiesische Zustände in Aussicht stellen zu können. Man propagierte den „Gegensatz“ von Kapital und Arbeit, während doch eines zum anderen gehörte. So wurde der Arbeitsvertrag künstlich reduziert durch Minderung der Arbeitszeit und Einschränkung der Arbeitszeit. Zu allem Unglück, kam die erfüllungsbereite Außenpolitik, die neue Opfer brachte. Die sozialdemokratische-marginalistische Wirtschaftspolitik hat die Not in Deutschland auf das höchste gesteigert. Sinnlos wäre es, sich gegenwärtig Vorwürfe zu machen, die den inneren Zwiepsalt nur noch vergrößern. Der Gedanke der Gemeinschaft ist zu pflegen. Wenn überhaupt ein Kampf notwendig ist, so ist es der Kampf gegen die, die uns nicht leben lassen wollen.“ Bundesvorsitzender Schmidt, Mitglied des Landtags, sprach über das Thema: „Der Wertgemeinschaftsgedanke in Staat und Wirtschaft“. Als wichtigste Forderung der vaterländischen Arbeiter sei zu erwähnen: Uebergang vom Zeitlohn zum Leistungslohn. Ueber die Frage „Jugendbewegung in der vaterländischen Arbeiterschaft“ sprach der Bundesgeschäftsführer Hohlweg; er legte die Ziele des Bundes vaterländischer Arbeiterjugend dar. Es ist vielleicht ein Symptom, daß in der letzten Zeit der Zuwachs im starken Maße auch aus dem gegenwärtigen Lager kommt. Mehrere Entschlüsse wurden angenommen.

Räumung Kölns bis Mitte November.

Köln, 22. Sept. Bei den Zusammenkünften der Außenminister Frankreichs, Englands und Belgiens in Genf und anlässlich der jüngsten Berichterstattung Briand in Paris, hat bekanntlich die Frage der Räumung der Röhler Zone eine bedeutende Rolle gespielt. Wie heute von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist dabei beschlossen worden, die Räumung bis spätestens Mitte November durchzuführen. Diese Mitteilung ist sowohl an erster französischer Stelle in Köln wie auch an höchster Stelle der Rheinlandkommission in Koblenz ausdrücklich bestätigt worden.

Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung gab Abg. Dr. Körner (Döhl) eine Erklärung ab, in der hervorgehoben wird, daß zu den Ausschüssen des preussischen Finanzministeriums im Hauptausschuß über den Finanzausgleich nicht, wie berichtet wurde, sämtliche Parteien sich zusammenschließen dürften; die Deutsch-völkische Freiheitspartei sei nicht zu Worte gekommen. Hierauf nimmt das Haus den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Landesbankbriefausfuhr entgegen, der vom Abg. Kriebel (Denn.) erstattet wird. Der Berichterstatter hebt hervor, daß der Ausschuss bemüht gewesen ist, sich auf Feststellung des Sachbestandes zu beschränken und sich von politischen Erörterungen und Eingriffen in Strafrechtssfälle fernzuhalten. Zum Schluß empfiehlt der Berichterstatter eine Reihe von Anregungen des Ausschusses, darunter die an die Staatsregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die Landesbankbriefausfuhr die Geschäftsstelle, die Gegenstand der Untersuchung gebildet haben, abwickelt; das könne ohne Schädigung erfolgen, wenn es rechtzeitig geschehe. Ferner soll Sorge getragen werden, daß die Anstalt nicht wieder Geschäfte tätige, die außerhalb des Rahmens der Einkünfte liegen.

Die Tschechen für einen Schiedsvertrag.

Durch W.A.B. wird bekanntgegeben: Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Krofta, teilt Sonntag im Namen seiner Regierung dem Außenminister Dr. Stresemann unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit zwischen Deutschland und den Alliierten ausgetauschten Noten mit, daß die tschechoslowakische Regierung bereit sei, in Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages einzutreten. — Die Reichsregierung hat bekanntlich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, für die als Muster die schon in Kraft getretenen Verträge mit Finnland, Schweden, Dänemark und der Schweiz dienen sollen. Sie will dadurch ein System schaffen, das nach ihrer Auffassung besser als irgendein Völkerbundsprotokoll oder gar der Versailles Vertrag die Gefahr eines neuen Krieges bannit. Wenn sich die tschechische Regierung in diesem Augenblick zur Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland bereit erklärt, so können wir diesen Entschluß nur begrüßen. Auffallend ist es, daß nicht gleichzeitig auch die polnische Regierung mit einem ähnlichen Entschluß hervortritt. Das Ministerium Grabski scheint auf geordnete Beziehungen mit Deutschland nach wie vor wenig Wert zu legen und setzt seine Hoffnungen offenbar ausschließlich auf Sowjetrußland. Man darf gespannt sein, welche Ergebnisse diese seitliche Politik haben wird, die nicht nur der polnischen Exaltation, sondern vor allem auch allen bisherigen Erfahrungen ins Gesicht schlägt.

Der Kabinettsrat zur Paktkonferenz.

Das Reichskabinett ist am Montag nachmittags um 5 Uhr zu dem ersten Ministerrat nach Abschluß der Urlaubskreisen einiger Mitglieder des Kabinetts zusammengetreten. Gegenstand der Beratungen bildete naturgemäß die Einladung der Westmächte zu einer Paktkonferenz. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand zunächst der Bericht, den Ministerialdirektor Dr. Gaus über das Ergebnis seiner Londoner Besprechungen erstattete. Es weiteren beschäftigte sich das Kabinett mit dem weiter unten mitgeteilten Antrage der tschechischen Regierung auf Herbeiführung von Verhandlungen über einen Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland. Zudem hieß es zu prüfen, ob der Einladung zu einer Paktkonferenz nur der Außenminister folgen oder ob Deutschland in seiner Antwort dem Wunsch aussprechen soll, daß an Stelle einer Konferenz der Außenminister eine Verhandlung unter Hinzuziehung der Ministerpräsidenten und auch anderer Mitglieder der Kabinettsrat zustande kommt. Diese Frage ist nicht nur nach innerpolitischen Gesichtspunkten, sondern auch unter Berücksichtigung sehr wichtiger Einzelfragen der außenpolitischen Taktik zu entscheiden.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Marx ist gestern in Wien eingetroffen. Er hat vom Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel und den Ministern Dr. Matzka und Dr. Schneider sowie vom Bundeskanzler Dr. Kramel Besuche abgestattet.

Die französische Notlandung.

Zu der Notlandung eines französischen Flugzeuges im Schwarzwald und der Festhaltung des französischen Fliegers Coste weißt die französische und englische Presse in verschiedenen Kommentaren auf eine frühere Notlandung eines deutschen Verkehrsflugzeuges in Belgien hin. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß sich das deutsche Verkehrsflugzeug damals wirklich im Luftnotstand befand und erst dann die Landung auf belgischem Gebiet vornahm. Das französische Flugzeug, das den für deutsches Gebiet geltenden Bestimmungen nicht entsprach, wollte jedoch deutsches Gebiet von Anfang an auf dem Flug nach Badbad berühren, was einen Verstoß gegen die Bestimmungen darstellt. Es ist bekannt, daß solche Verstöße in letzter Zeit öfter vorgekommen sind. Der Fall des französischen Fliegers ist von den belgischen Landesbehörden an das zuständige Gericht in Freiburg weitergegeben, daß sich mit der Sache befaßt.

Attentatsversuch auf den Prinzen von Wales.

London, 22. Sept. Nach einer Meldung aus Junier in der Provinz Buenos Aires hat der dortige Stationsvorsteher Beschuldigungen an der Lokomotive des Zuges entdeckt, den der Prinz von Wales benutzen sollte. Der unbekannte Täter hatte Eisenfäden in den Bremsmechanismus gesteckt, um das Funktionieren der Bremsen zu verhindern. Dank der rechtzeitigen Entdeckung dieses Verbrechens ist der Prinz von Wales gestern nacht wohlbehalten in Buenos Aires eingetroffen. Es verläutet, daß er sich bis